



Bundestagswahl 2017 - Das Scheitern der SPD

Viele sahen es als sehr überraschend an, dass die SPD mit dem schlechtesten Ergebnis aller Bundestagswahlen abgestraft wurde. Sieht man sich die Wählerschaft und die Entwicklung der ehemaligen Arbeiterpartei an, so war auch dieser erneute Absturz zu erwarten.

Die SPD besitzt bei den über 60-Jährigen einen besonders hohen Anteil an Wählern. Das sind alte Sozialdemokraten, die oft wegen Brandt oder Schmidt den Weg zur SPD gefunden hatten und nun als Stammwähler eine verlässliche Basis sind. Diese Generation, die nicht mitbekommen hat, dass die SPD einen fundamentalen Richtungswechsel vollzogen hat, wird inzwischen weniger. Neben diesem biologischen Aderlass der Stammwähler kommt hinzu, dass sich die kritischen Menschen über das Internet selber informieren können.

Konnte ein Gerhard Schröder 1998 herausragende 40,9% erringen, fiel er vier Jahre später auf 38,5 % ab. Bereits während Schröders Kanzlerschaft begann mit der Agenda 2010 der Kahlschlag in den deutschen Sozialsystemen. Neben Rentenkürzungen gab es viele weitere erhebliche Einschnitte, die nur eine linke Regierungskoalition durchführen konnte. Hätte eine CDU-geführte Regierung diese „Reformen“ auf den Weg gebracht, so wären Gewerkschaften und wohl alle linken Parteien auf die Barrikaden gestiegen.

Schröder outete sich spätestens nach seiner Kanzlerschaft als Mann der Großindustrie. Bei Peer Steinbrück, der Angela Merkel dann herausfordern durfte, war schon vorher klar, dass dieser Kanzlerkandidat kein „Arbeitervertreter“ sondern ebenfalls ein Mann des Kapitals war. Die Krönung war nun die Wahl von Martin Schulz. Am Anfang, als dessen Biografie noch nicht bekannt war, wurde er als der neue Messias hochgejubelt. Doch auch hier hat das Internet als Informationsplattform für kritische Bürger und Journalisten enttarnt, dass Schulz genau das Gegenteil von dem ist, was er versuchte, den Wählerinnen und Wählern vorzutäuschen. Als Präsident des Europaparlaments hat sich Schulz nicht als Politiker der Europäer sondern vielmehr als Unterstützer der Banken und Großkonzerne präsentiert. Diese Heuchelei des „kleinen Bürgermeisters aus Würselen“ ist jedoch entgegen der Hochjubelei durch den SPD-Pressekonzern immer bekannter geworden, so dass die SPD entsprechend abstürzen musste.

Der Rückzug aus der großen Koalition dürfte jetzt nur als Ablenkungsmanöver dienen. An echte „Reue“ denken bundesdeutsche Politiker nicht. Sie dürften sich jetzt nur überlegen, wie sie die Bürgerinnen und Bürger geschickter belügen, damit sie bei der nächsten Wahl wieder als Phönix aus der Asche auferstehen können. Als Oppositionspartei wird die SPD die Punkte jetzt gnadenlos kritisieren, die sie zuvor als Regierungspartei mitgetragen hat. So funktioniert bundesdeutsche Politik.

Vor dem Hintergrund der langsam wegsterbenden Stammwählergenerationen und der hinterlistigen Wählertäuschungen – insbesondere wie es ein Martin Schulz versucht hat – stellt sich die Frage, ob die ehemalige Arbeiterpartei nicht weiter auf die 5 %-Hürde zusteuern wird.